

VENEZUELA

# Schneller Wechsel in Caracas



Er kommt zurück: Anhänger des kurzfristig gestürzten venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez begrüßen den Hubschrauber, der Chávez zurück zum Präsidentenpalast Miraflores bringt.

(Foto: Epa)

**In Venezuela hatten Militär-Putschisten am Wochenende einen kurzen Auftritt. Der Rücktritt des Präsidenten Hugo Chávez entpuppte sich als Sturzversuch, nach 48 Stunden wurde Interimspräsident Pedro Carmona wieder abgesetzt.**

Freitag, drei Uhr morgens, Caracas: Der oberste Kommandeur der venezolanischen Streitkräfte General Lucas Rincón verkündet, Präsident Hugo Chávez habe sein Amt niedergelegt. Am Tag zuvor waren zwischen 100.000 und 500.000 Menschen an einer Großdemonstration gegen die linkspopulistische Regierung Chávez auf die Straße gegangen, es folgt ein dreitägiger Generalstreik. Derart gestärkt fordern zehn Generäle den Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Fedecámaras, Pedro Carmona, zur Machtübernahme auf - ein klassischer militärischer Staatsstreich. Freitagnachmittag: Carmona wird als Interimspräsident vereidigt. Kurz darauf löst er das Parlament auf, annulliert die unter Chávez verabschiedete Verfassung und kündigt Neuwahlen innerhalb von 365 Tagen an.

## Schnelle Rückkehr ins Miraflores

Er sollte keine 48 Stunden an der Macht bleiben. Bereits am Samstagabend füllten Menschenmassen nahezu alle Hauptverkehrsadern in Caracas und anderen Städten Venezuelas, um gegen Chávez' Sturz zu demonstrieren. Die putschenden Militärs forderten den Interimspräsidenten auf, die blitzschnell erlassenen anti-chávistischen Dekrete zu modifizieren. Carmona

setzte das Parlament wieder ein und trat noch in der Nacht zum Sonntag wieder zurück.

Chávez, der von den Militärs festgehalten wurde, kam kurz darauf frei. Unter dem Jubel Tausender Demonstranten kehrte er nur einen Tag nach dem Putsch am Sonntagmorgen in den Präsidentenpalast Miraflores in Caracas zurück. Vizepräsident Diosdado Cabello, der mittlerweile die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung verkündet hatte, übergab vor 200.000 feiernden Venezolanern Chávez sein altes Amt. Im Übrigen rief Cabello die Bevölkerung dazu auf, die Straßen nicht zu verlassen und die Demonstrationen friedlich fortzuführen. In einer Rede an die Nation sandte Chávez einen Gruß an die internationalen Medien und Organisationen und erklärte, Venezuela "werde nie wieder allein dastehen". Zudem kündigte er an, nicht mit Repression gegen seine Opponenten vorzugehen. Dem sich angeblich in Haft befindenden Carmona droht jedoch möglicherweise ein Verfahren wegen unrechtmäßiger Übernahme staatlicher Funktionen.

Auslöser des putschistischen Intermezzos waren Schüsse, die am Donnerstag auf der Großdemonstration in Caracas gefallen waren und mindestens 15 Demonstranten getötet und 350 verletzt hatten. Daraufhin wechselten

einige ranghohe Militärs zur Opposition. Sie könnten angesichts der Gewalt nicht mehr länger hinter Chávez stehen. Dem übergelaufenen Admiral Héctor Ramírez Pérez zufolge ist die Armee von Chávez benutzt worden, um "eine friedliche Demonstration zu unterdrücken".

Ein Großteil der internationalen Medien übernahm diese Version. Die Regierungen der USA und Spaniens erklärten gemeinsam nach Carmonas Machtübernahme am Freitag ihre Unterstützung für Venezuela und wünschten sich nach Angaben der konservativen spanischen Tageszeitung La Razón schnellstmöglich eine "vollständige demokratische Normalisierung".

Nicht selten jubilierten Kommentatoren in Europa und den USA über das Ende der Ära des "Linkspopulisten" Chávez. "Am Ende hatte er alle gegen sich", beschrieb etwa die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Situation in Venezuela. Jetzt ende "für die Venezolaner eine weitere traumatische Phase der Geschichte". Der "vom Volk erzwungene Rücktritt" erinnere an den Fall des Diktators Pérez Jiménez im Jahr 1958.

Weniger zufrieden reagierten die Länder der Rio-Gruppe, darunter Peru, Costa Rica und Chile. Sie verurteilten BBC-World zufolge die "Unterbrechung der verfassungsmäßigen Ordnung", Kuba wandte sich gegen das "konterrevolutionäre Komplott". Die EU, Frankreich und Russland gaben sich neutral und bekundeten nur ihre Hoffnung auf ein baldiges Ende der Krise. Tags darauf wurde offenbar, dass zumindest ein Teil der Schüsse auf etwa 5.000 Chávez-Anhänger abgefeuert worden war. Die städtischen Polizisten in Zivil, die diese Schüsse abgegeben hatten, unterstanden dem Befehl des Putschisten und Bezirksbürgermeisters von Caracas, Alfredo Peña.

## Wen will das Volk?

Im Nachhinein stellte sich der "Rücktritt" des Präsidenten Chávez als ein Staatsstreich der Militärs heraus. Die von BBC-World verbreitete Rücktrittserklärung hatte er nie unterzeichnet. Auch eine öffentliche persönliche Erklärung hatte Chávez nicht abgegeben. Bereits am Freitag hatte seine Tochter Maria Gabriela seinen Rücktritt dementiert. In einem Telefongespräch habe er sich als "Präsident in Gefangenschaft" bezeichnet, er sei "nicht zurückgetreten"; vielmehr habe eine "Diktatur der extremen Rechten" die Macht übernommen.

Der Oberbürgermeister von Caracas, Freddy Bernal, ließ nach Chávez' Rückkehr mehrere private Sender besetzen. Der venezolanische Botschafter in Havanna erklärte der BBC, diese Medien

seien Komplizen des Komplotts. "Es ist unglaublich, welche Lügen diese Medien verbreitet haben", meinte er und fügte hinzu: "Sie machten glauben, es seien ihre Toten gewesen, während es in Wahrheit unsere Leute waren." Bereits während der Großdemonstration am Donnerstag hatte Chávez die Schließung von sechs privaten Sendeanstalten angeordnet, die die Ausschreitungen live übertragen hatten, was zur Eskalation beitrug.

Organisatoren der Proteste vom Donnerstag waren der Unternehmerverband Fedecámaras, der von dem Sozialdemokraten Carlos Ortega angeführte Gewerkschaftsverband CTV sowie entlassene Manager des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA. Zuvor hatte Chávez die Spitze des Konzerns mit regierungstreuen Leuten besetzt, um die Kontrolle über den wichtigsten Wirtschaftssektor zu bekommen. Seit Dezember waren die Konflikte in Venezuela nicht mehr abgerissen; in jenem Monat kündigten die Regierung Chávez und das Parlament 49 Gesetze an. Sie enthielten u.a. eine Landreform zugunsten der Kleinbauern und die Einschränkung ungenutzten privaten Großgrundbesitzes. Die Ursache der Konfrontationen ist vor allem die ungleiche Verteilung des Reichtums. Im Januar war unter dem Titel "Die Geburt der Konterrevolution" im britischen "Economist" zu lesen: "Im Hinblick auf die Ökonomie war die 'Revolution' Chávez' bisher in der Rhetorik stärker als in der Aktion. Jetzt nicht mehr."

Die Anti-Chávez-Bewegung ist überwiegend eine Mischung aus Großunternehmern, Gewerkschaftern und Resten der alten Parteienelite. Bisher genoss Chávez, der 1998 mit knapp 60 Prozent der Stimmen gewählt wurde, große Unterstützung insbesondere bei der armen Bevölkerung und den unteren Schichten.

Die Opposition, deren Parteien Demokratische Aktion und Copei (Christdemokraten) nach insgesamt sieben spektakulären Wahlsiegen Chávez' ihrer parlamentarischen Macht weitgehend beraubt waren, artikuliert sich durch den Unternehmerverband Fedecámaras. Sein Präsident Pedro Carmona, einer der Architekten des nunmehr gescheiterten Regierungsturzes, machte am 10. Dezember auf sich aufmerksam, als er zusammen mit dem mafios strukturierten Gewerkschaftsverband CTV und dessen Präsidenten Carlos Ortega den ersten Generalstreik in Venezuela seit 50 Jahren organisierte.

In den vergangenen Monaten wuchsen die Proteste an. Zum Unmut über die Reformen kamen Chávez' populistische Äußerungen. Im Ausland, insbesondere in der US-

Regierung, schadeten ihm seine Kritik am Krieg in Afghanistan und seine Sympathien für die Farc-Guerilla in Kolumbien sowie für Kuba. Als Chávez Anfang April zwei Manager des Erdölkonzerns PDVSA entließ, setzte die Oligarchie zur Attacke auf ihn an. Am Dienstag letzter Woche begann ein weiterer Generalstreik des Bündnisses. Er wurde begleitet von einer Kampagne eines Großteils der Fernsehsender und Zeitungen, was zusammen mit den Massenprotesten am Donnerstag zur Eskalation und schließlich zum "Rücktritt" von Chávez führte. Die Massendemonstrationen sollten für den Putsch benutzt werden.

Nach Angaben des US-Magazins "Newsweek" war die amerikanische Botschaft in Venezuela bereits vor knapp zwei Monaten von venezolanischen Militärs über den geplanten Putsch gegen Präsident Hugo Chávez informiert worden. Die US-Diplomaten hätten den Offizieren erwidert, ein Staatsstreich sei "nicht der richtige Weg". Dass die amerikanische Regierung Chávez kritisch gegenübersteht, ist kein Geheimnis. Das Weiße Haus verlangte vom gewählten, venezolanischen Präsidenten nach seiner Rückkehr ins Präsidentenamt ein Bekenntnis zur Demokratie. Seine vorübergehende Entmachtung sei eine "klare Botschaft" des venezolanischen Volkes gewesen.

Mit den erzwungenen Amtsenthebungen der von Chávez so unterschiedlichen lateinamerikanischen Präsidenten der letzten zwei Jahre - in Argentinien, Peru und Ecuador - hatte der jetzige Umsturz eines gemeinsam: Er verlief relativ unblutig. Die Leichtigkeit, mit der heutzutage gewählte Präsidenten aus dem Amt gejagt werden können, verleitet den venezolanischen Sozialwissenschaftler Moisés Naim am Samstag gegenüber El País zu einer Bemerkung, die sich kurz darauf bewahrheiten sollte: "Ein Putsch ist heute auch nicht mehr das, was er einmal war."

**Simón Ramírez Voltaire,**  
Madrid